

Kein Numerus clausus für Quotenstudierende

Der Gesundheitsausschuss hat auf Antrag von CSU und Freien Wählern bei Enthaltung der Grünen eine Ausweitung der Landarztquote im Medizinstudium beschlossen. Demnach sollen künftig 8 Prozent der Medizinstudienplätze in Bayern für Bewerber*innen reserviert werden, die sich verpflichten, nach ihrer Ausbildung für mindestens zehn Jahre in einer mit Allgemeinärzt*innen unterversorgten Region zu praktizieren. Bisher liegt die Quote bei 5,8 Prozent. Zudem wird die Amtsarztquote von 1 auf 1,8 Prozent angehoben. Für die Quotenstudierenden ist die notenbasierte Zugangsbeschränkung des Numerus clausus (NC) aufgehoben. Um insgesamt die Zahl der vorab reservierten Medizinstudienplätze nicht größer werden zu lassen, wird die Ausländerquote von 5 auf 2 Prozent abgesenkt.

Für die Regierungsfractionen begründete Stefan Meyer (Freie Wähler) die Initiative mit dem sich weiter verschärfenden Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen. Es gehe darum, den Versorgungsanspruch der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Langfristig müsse zudem die Zahl der Medizinstudienplätze in Bayern über die bereits beschlossenen 2700 zusätzlichen hinaus erhöht werden. Dem bayerischen Vorbild müssten auch andere Bundesländer folgen, mahnte Meyer. Mit dem Antrag beauftragte der Ausschuss die Staatsregierung zudem, mit den bayerischen Universitäten über eine komplette Abschaffung des NC für das Medizinstudium zu reden. Die Auswahl der Studierenden solle notenunabhängig über hochschuleigene Verfahren erfolgen, forderte Meyer.

Zustimmung zu der Vorlage kam von SPD und AfD. Ruth Waldmann (SPD) betonte, es sei jede Maßnahme willkommen, die dazu beitrage, den Ärztemangel auf dem Land zu bekämpfen. Allerdings werde die Landarztquote nicht alle Probleme lösen. Es brauche insgesamt mehr Medizinstudienplätze. Kritisch bewertete Waldmann die Absenkung der Ausländerquote. In der sich verschärfenden Mangellage dürfe der Einstieg für ausländische Bewerber*innen nicht erschwert werden. Hier müsse die Staatsregierung nach Lösungen suchen. Für einen insgesamt erleichterten Zugang zum Medizinstudium trat Roland Magerl (AfD) ein. Er begrüßte deshalb die Initiative zur Aufhebung des NC. Die besten Ärzt*innen seien nicht unbedingt die mit den besten Abiturnoten. Bedenken gegen die Ausweitung

der Landarztquote äußerte Andreas Krahl (Grüne). Diese ignoriere den steigenden Bedarf auch an Fachärzt*innen im ländlichen Raum. Zielführender sei, die Arbeitsbedingungen und die Vergütung für in unterversorgten Gebieten praktizierende Ärzt*innen zu verbessern.

Mit breiter Mehrheit billigte der Ausschuss zudem ein Antragspaket von CSU und Freien Wählern zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Bayern. Unter anderem wurde die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine bessere Vergütung von Zahnärzt*innen, höhere Zuschüsse bei der Modernisierung von Zahnarztpraxen und die Gleichbehandlung von Kinderzahnärzt*innen mit Kinderärzt*innen bei der Abrechnung von Leistungen einzusetzen. > JUM